

Stress um Fraktionslose

Verfahrenspostulat überwiesen

Von Thomas Gubler

Liestal. Das Abstimmungsresultat von 72 gegen zwei Stimmen täuscht. Der deutlichen Überweisung des Verfahrenspostulats der SVP-, FDP- und BDP/GLP-Fraktion ging eine gehässige Diskussion voraus, die schliesslich per Ordnungsantrag beendet wurde. Mit dem Vorstoss wollen die drei Fraktionen die Wahl in die Kommissionen neu regeln. Hintergrund dazu bildet der Umstand, dass Urs-Peter Moos (ehemals SVP) und Patrick Schäfli (ehemals FDP) heute fraktionslos sind, Peter H. Müller (ehemals BDP) zur CVP gewechselt hat. Ihre Kommissionssitze haben die drei Landräte jedoch beibehalten. Das Postulat verlangt nun, dass die Geschäftsordnung des Landrats so geändert wird, dass Parlamentarier ihre Kommissionssitze nur so lange behalten, als sie der Fraktion angehören, die sie delegiert hat. Verlässt jemand die Fraktion, wird seine Wahl in die Kommission hinfällig.

Umstritten beim Vorstoss war insbesondere, ob eine solche Änderung sofort – wie von den Postulanten eigentlich angestrebt – oder erst auf die nächste Legislaturperiode hin in Kraft gesetzt werden kann. Urs-Peter Moos und Patrick Schäfli stellten sich gestern auf den Standpunkt, sie seien auf vier Jahre gewählt. Entsprechend sehen sie in einer sofortigen Inkraftsetzung eine verbotene Rückwirkung. Beide kündigten deshalb gestern an, dass sie in diesem Fall die Dekretsänderung vor Gericht anfechten würden.

Das Ratsbüro ist nun beauftragt, eine entsprechende Vorlage auszuarbeiten. Über den Zeitpunkt der Inkraftsetzung ist mit dem Überweisungsentscheid also noch nichts entschieden.



Landrat

Berichterstattung aus dem Baselbieter Parlament

Erneute Schelte für Peter Zwick im Landrat

Hanspeter Weibel (SVP) führt Kritik an CVP-Regierungsrat weiter

Von Alessandra Paone

Liestal. Gespannt sitzen alle da. Landräte und Journalisten blicken gebannt nach vorne zur Regierungsbank. Dort sitzt Peter Zwick. Lächelt, macht gute Miene zum bösen Spiel. Bei der letzten Landratsitzung war der Vorsteher der Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion (VGD) vom Parlament aus Schärfste kritisiert worden. Auslöser für die verbalen Prügel war ein Bericht der Geschäftsprüfungskommission (GPK) über die Arbeit der VGD gewesen. Zwei Wochen lang wurde in den Medien darüber berichtet, über einen möglichen Rücktritt Zwicks spekuliert. «Geht man jetzt einfach zum Courant normal über?», scheinen sich nun alle zu fragen. Die Antwort kommt prompt. Landratspräsident Jürg Degen (SP) kündigt eine Wortmeldung von GPK-Präsident Hanspeter Weibel (SVP) an.

Der GPK-Präsident erinnert an die heftige Landratsdebatte vor zwei Wochen, gibt zu, dass der Ton teilweise rau gewesen sei. Entsprechend habe er Verständnis für Zwicks «menschliche Reaktion». Er habe aber Mühe damit, wenn Zwick über die Medien auf die Kritik reagiere und nicht im Landrat dazu Stellung nehme. Gemeint sind die Interviews des VGD-Direktors von dieser Woche in der BaZ, im «Regionaljournal» von Radio DRS und auf Telebasel. Bei allen drei Medienauftritten holte Zwick zu einem Rundumschlag gegen den Landrat aus: Die Kritik sei parteipolitisch motiviert. «Der ohne jegliche Beweislegung erfolgte Vorwurf, ich hätte das Parlament manipuliert, ist lächerlich und eine bössartige Verleumdung», sagte er im BaZ-Interview.

Nicht mit GPK abgesprochen

Diesen Vorwurf lässt Weibel nicht auf sich sitzen. «Ich lasse nicht zu, dass der GPK-Bericht ins Lächerliche gezogen wird.» Die GPK habe den Beweis



Pikiert. Hanspeter Weibel (SVP), Präsident der Geschäftsprüfungskommission, ärgert sich über Aussagen von Peter Zwick (CVP) in den Medien. Foto Roland Schmid

erbracht, dass dem Parlament drei Berichte vorenthalten wurden – der Hamburger Bericht zum Bruderholzspital-Neubau sowie zwei weitere Gutachten zur Spitalauslagerung. Weibels Wortmeldung bleibt im Raum stehen. Eine Diskussion wird vom Landratspräsidenten abgewürgt. Auch Peter Zwick darf nicht Stellung nehmen. Zur BaZ sagt der angeschossene VGD-Direktor: «Ich nehme den Bericht durchaus ernst und mache ihn nicht lächerlich. Ich möchte aber jetzt nach allem, was gesagt worden ist, nicht Öl ins Feuer giessen.»

CVP-Präsidentin Sabrina Mohr zeigt sich irritiert über Weibels Votum. Sie habe den Eindruck, Weibel habe auf eigene Faust gehandelt und seine Aussagen nicht mit der GPK abgesprochen. Mohrs Eindruck wird von GPK-Mitglied Peter H. Müller (CVP) bestätigt. Die Kommission sei nicht eingeweiht gewesen, moniert er. Weibel rechtfertigt sich: Er habe sich mit Monica Gschwind (FDP), der Verfasserin des GPK-Berichts, abgesprochen. Ausserdem habe er als GPK-Präsident und nicht im Namen der GPK gesprochen.

Links-Rechts



Gesundheit und 10 000 Schritte

Von Mirjam Würth

Während der vergangenen Wochen bin ich eine Tramstation früher ausgestiegen, bin unbekannte Wege gegangen, habe Quartiere kennengelernt und meinen Partner zu Nachspaziergängen eingeladen. Mein Bewusstsein für mehr Bewegung im Alltag ist gewachsen. Schon der «Ritt» zur Arbeit auf Schusters Rappen oder auf dem Drahtesel reicht oft aus, Gutes für die eigene Gesundheit zu tun. Ich nahm an einer Aktion für mehr Bewegung im Alltag teil, deren Ziel es war, während sechs Wochen täglich mindestens 10 000 Schritte zu gehen. Denn Studien zeigen, dass Menschen, die während 15 Wochen jeden Tag 10 000 Schritte gehen, ihr Cholesterinprofil signifikant verbessern können. Bessere Gesundheit geht mit steigender Lebenserwartung einher. Zwar ist unsere Bevölkerung wesentlich bewegungsmuffiger geworden. Trotzdem ist in den letzten zehn Jahren die Lebenserwartung einer 65-jährigen Person in der Schweiz um zwei Jahre gestiegen. Erklärt wird diese Steigerung hauptsächlich mit Verbesserungen in unserem Gesundheitssystem. Dass diese nicht gratis zu haben sind, wird uns jedes Jahr neu bewusst, wenn die Krankenkassenprämien steigen.

Der Wettbewerb unter den Kassen bringt keinen zusätzlichen gesundheitlichen Nutzen.

Im Herbst überbieten sich die Medien jeweils mit Beiträgen zu den wachsenden Gesundheitskosten, die sich in laufend steigenden Prämien niederschlagen. Die Krankenkassen – nicht etwa Gesundheitskassen – starten Abwerbeaktionen und ermuntern uns, die Versicherung zu wechseln. Dass jeder Kassenwechsel gegen 500 Franken kostet, wissen die wenigsten. Diese Kosten legen die Kassen folgerichtig auf die Prämien um, die wir Versicherten im Folgejahr mit unseren Beiträgen berappen. Ich bin dankbar für das Mehr an Gesundheit, das unsere Gesellschaft in den letzten Jahren errungen hat, und auch bereit, dafür zu bezahlen. Dass aber die Kassen viel Geld für Abwerbung und Administration ausgeben, verschafft uns Versicherten keinen Mehrwert. Vielmehr ist es unsinnig, denn der Wettbewerb unter den Kassen bringt keinen zusätzlichen gesundheitlichen Nutzen. Wenn schon mehr bezahlen, soll sich das in ein Mehr an Gesundheit ummünzen. Daher plädiere ich für die Abschaffung dieses absurden und kostenintensiven Wettbewerbs unter den Kassen und rufe dazu auf, die eigenen Möglichkeiten zur Gesundheitsförderung auszuschoöpfen. Mit mehr Bewegung – warum nicht täglich 10 000 Schritte – kann jede und jeder Einzelne dazu beitragen, die eigene Gesundheit zu erhalten oder zu verbessern, und damit einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, die Gesundheitskosten im Zaum zu halten.

Mirjam Würth (52, Frenkendorf) ist Landrätin der SP. Die Haltung der Autorin muss nicht mit der Meinung der Redaktion identisch sein. **Nächste Woche:** Caroline Mall (SVP).

Gasttaxe für Mobility Ticket

In der ersten Lesung ist das Gesetz völlig unbestritten

Liestal. Der Kanton Baselland will eine Gasttaxe einführen. Der Landrat hat gestern in seltener Einmütigkeit die erste Lesung zum entsprechenden Gesetz durchgeführt. Gemäss dieser Vorlage soll von den Betreibern der gewerblichen Beherbergungsbetriebe eine Taxe von 3.50 Franken pro Gast und Übernachtung eingezogen werden, die vorgängig von den Gästen zu erheben ist. Die Taxe ist als neues touristisches Instrument gedacht. Die Erträge würden dafür verwendet, einerseits übernachtende Gäste vom Mobility Ticket des Tarifverbands Nordwestschweiz und

weiteren Vergünstigungen profitieren zu lassen sowie andererseits das Baselbieter Tourismusangebot interessanter und wettbewerbsfähiger zu machen.

Die Vorlage war in allen Fraktionen unbestritten. Obschon die Gasttaxe eine neue Steuer ist, für die es eine Verfassungsrevision braucht, hatte sich auch die neuen Steuern grundsätzlich abholde SVP-Fraktion für die Vorlage ausgesprochen. Die Detailberatung verlief ohne jeden Änderungsantrag. Gemäss Regierungsrat Peter Zwick wird die Volksabstimmung voraussichtlich am 3. März stattfinden. Gu

Nachrichten

Ja zu Mehrkosten für ökologischen Strom

Liestal. Der Landrat hat gestern einstimmig die Mehrkosten für die ökologische Stromversorgung von rund 250 000 Franken und die Mehrbelastung der Abwasserlieferanten in Höhe von 160 000 Franken gutgeheissen. Die Umstellung auf Strom aus erneuerbarer Energie erfolgt auf 1. Januar 2013, im Fall der Elektra Baselland rückwirkend auf Anfang 2012. Zugleich soll der Gesamtverbrauch der kantonalen Verwaltung an Strom ab dem Jahr 2013 um fünf Prozent reduziert werden.

Roger-Federer-Arena vorerst vom Tisch

Liestal. Hans Furer gibt auf. Der GLP-Landrat will seinen Vorstoss zur Umbenennung der St. Jakobshalle in Roger-Federer-Arena zurückziehen. Grund: Der Basler Grosse Rat hat denselben Vorstoss am Mittwoch mit 39 zu 22 Stimmen bei neun Enthaltungen abgelehnt (BaZ von gestern). «Ich war von der Deutlichkeit überrascht», sagt Furer. Wenn Basel-Stadt nicht mitmache, mache es wenig Sinn, das Postulat im Landrat zu behandeln. «Ich will den Rat nicht vergebens aufhalten.»

Im Vorzimmer

Im Baselbieter Landrat ist der Ton rauer geworden

Liestal. Hitzige Debatten und markige Worte sind im Baselbieter Landrat nichts Neues. In letzter Zeit ist der Ton im Kantonsparlament aber deutlich rauer geworden. Immer öfter kommt es zu Entgleisungen, zu persönlichen Angriffen – es wird auf den Mann gespielt. Ein Paradebeispiel dafür war die Landratsdebatte vor zwei Wochen. Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektor Peter Zwick (CVP) musste während fast drei Stunden verbale Prügel einstecken (die BaZ berichtete). Die vier befragten Landräte nennen als mögliche Gründe für die härteren Umgangsformen die veränderten Machtverhältnisse im Landrat, die Rolle der Medien oder auch die schwierige Lage des Kantons. ale



Regula Meschberger, SP, Birsfelden.

«Andere Leute, andere Haltungen»

«Politische Auseinandersetzungen hat es schon immer gegeben. Ich gehöre auch zu denen, die Klartext reden, versuche aber sachlich zu bleiben. In letzter Zeit hat die Respektlosigkeit aber zugenommen. Persönliche Angriffe kommen immer öfter vor. Das hat damit zu tun, dass es im Landrat einige Wechsel gegeben hat. Andere Leute, andere Haltungen.»



Michael Herrmann, FDP, Gelterkinden.

«Parteien wollen ihr Revier markieren»

«Der raue Ton ist die Folge des neuen politischen Gefüges. Die Machtverhältnisse im Landrat haben sich seit den letzten Wahlen verändert. Es sind neue Player auf dem Markt. Die Parteien wollen ihr Revier markieren, sich von den anderen abgrenzen und auf sich aufmerksam machen. Durch die unklaren Strukturen nimmt die Profilierungssucht zu.»



Sara Fritz, EVP, Birsfelden.

«Medien tragen ihren Teil dazu bei»

«Teilweise wird unter der Gürtellinie politisiert – ein unanständiger Stil, von dem ich mich klar distanzieren. Auch im Alltag sind Fairness und Solidarität immer weniger wichtig. Und das Parlament ist nichts weiter als das Abbild unserer Gesellschaft. Die Medien tragen ebenfalls ihren Teil dazu bei: Nur mit Sachthemen kommt man nicht in die Medien.»



Peter Brodbeck, SVP, Arlesheim.

«Der Landrat ist kein Wohlfühlgremium»

«Der Landrat ist kein Wohlfühlgremium. Und gegenüber anderen Parlamenten ist unseres geradezu harmlos. Fakt ist, dass sich der Kanton Baselland derzeit in einer schwierigen Situation befindet. Der Druck steigt, entsprechend wird der Ton im Landrat schärfer, die Worte markiger. Ich begrüsse das. Denn nur so wird der Ernst der Lage wiedergegeben.»